

Rechenschaftsbericht
zur Jahresrechnung der Stadt Prenzlau
für
das Haushaltsjahr 2008

Inhaltsverzeichnis

1.	Rechtsgrundlagen	3
2.	Überblick Gesamthaushalt	3
3.	Verwaltungshaushalt	4-13
3.1	Struktur Verwaltungshaushalt	4
3.2	Ansatzabweichungen im Verwaltungshaushalt	5-8
3.3	Ergebnisfeststellung Verwaltungshaushalt 2008	8-9
3.4	Spezielle Ergebnisse des Verwaltungshaushaltes	9-13
4.	Spezielle Ergebnisse der Stadtkasse im Haushaltsjahr 2008	13-15
5.	Vermögenshaushalt	16-21
5.1	Einnahme- und Ausgabestruktur des Vermögenshaushaltes	16-17
5.2	Erläuterungen zu den Abweichungen im Vermögenshaushalt	17-20
5.3	Besondere Kennziffern des Vermögenshaushaltes und Verschuldungsstand Stadt Prenzlau	20-21
6.	Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2008	21-23
6.1	Haushaltssatzung 2008	21
6.2	Kredite	21-22
6.3	Verpflichtungsermächtigungen	22
6.4	Kassenkredite	23
6.5	Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben	23
7.	Haushaltsmäßiger Abschluss 2008/Ergebnisdarstellung	24-25
7.1	Haushaltsrechnung 2008	24
7.2	Kassenmäßiger Abschluss für das Jahr 2008	25
8.	Wesentliche Abweichungen der Jahresergebnisse zu den Haushaltsansätzen nach Haushaltsstellen	26-28
8.1	Verwaltungshaushalt	26-27
8.1.1	Einnahmen	26
8.1.2	Ausgaben	27
8.2	Vermögenshaushalt	27-28
8.2.1	Einnahmen	27
8.2.2	Ausgaben	28
9.	Stand der Rücklagen	28-29
9.1	Allgemeine Rücklage	28-29
9.2	Sonderrücklage Baureststoffdeponie	29
10.	Kostenrechnende Einrichtungen und Betriebe gewerblicher Art	29-31
10.1	Anlagenachweise für kostenrechnende Einrichtungen und Betriebe gewerblicher Art	29-30
10.2	Gebührensätze für kostenrechnende Einrichtungen	30-31
11.	Bürgschaften und Schulden	31
12.	Doppik	31-32
13.	Schlussbemerkungen	32-33

Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung der Stadt Prenzlau für das Haushaltsjahr 2008

1. Rechtsgrundlagen

Gemäß § 93 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern.

Die Jahresrechnung ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft eines Haushaltsjahres, einschließlich des Standes des Vermögens und der Schulden. Sie wird vom Kämmerer aufgestellt, vom hauptamtlichen Bürgermeister festgestellt und der Gemeindevertretung nach vorheriger Rechnungsprüfung zugeleitet.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt dann über die geprüfte Jahresrechnung bis spätestens zum 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres, zugleich erfolgt mit der Beschlussfassung die Entlastung des Bürgermeisters.

Der Beschluss über die Jahresrechnung und die Entlastung des Bürgermeisters ist der Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und öffentlich bekannt zu machen.

Der vorliegende Rechenschaftsbericht soll einen Überblick über die Haushaltswirtschaft 2008 vermitteln.

2. Überblick Gesamthaushalt

Nach Durchführung aller Abschlussbuchungen stellt sich der Gesamtabschluss wie folgt dar:

(Angaben in €)

		Haushaltsansatz 2008	Ergebnis 2008	mehr/ weniger
A. Verwaltungshaushalt	E	26.015.100,00	28.081.704,34	+2.066.604,34
	A	26.015.100,00	28.081.704,34	+2.066.604,34
B. Vermögenshaushalt	E	8.717.900,00	8.734.152,06	+16.252,06
	A	8.717.900,00	8.734.152,06	+16.252,06
C. Gesamthaushalt	E	34.733.000,00	36.815.856,40	+2.082.856,40
	A	34.733.000,00	36.815.856,40	+2.082.856,40

Der Haushalt der Stadt Prenzlau für das Haushaltsjahr 2008 ist nach Durchführung aller Abschlussbuchungen ausgeglichen.

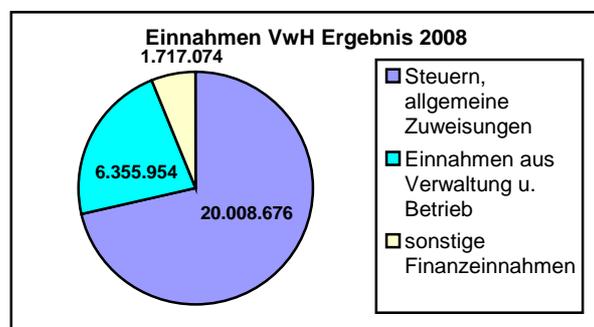
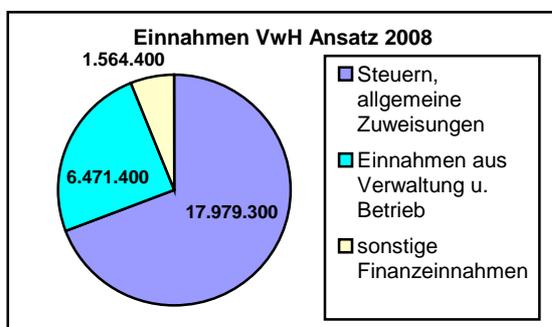
3. Verwaltungshaushalt

3.1. Struktur Verwaltungshaushalt

Die Einnahme- und Ausgabestruktur stellt sich wie folgt dar:

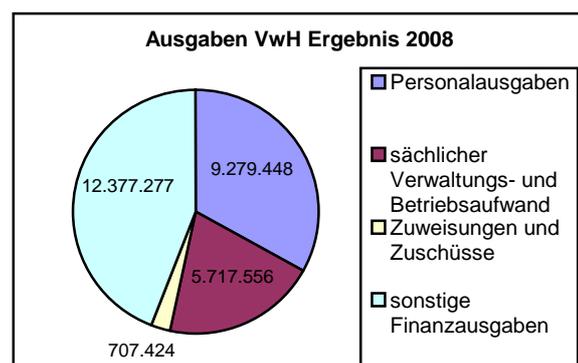
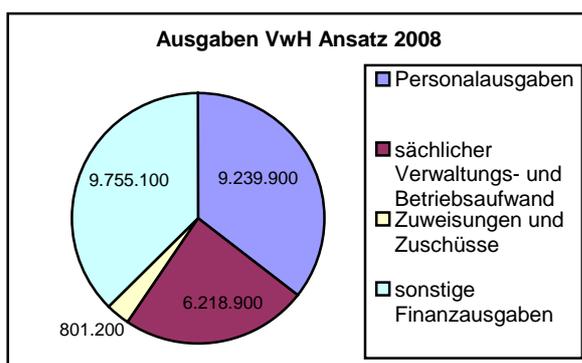
(Angaben in €)

Einnahmen	Ansatz 2008	Ergebnis 2008	mehr/weniger
Steuern, allgemeine Zuweisungen	17.979.300,00	20.008.676,38	+2.029.376,38
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	6.471.400,00	6.355.953,84	./115.446,16
sonstige Finanzeinnahmen	1.564.400,00	1.717.074,12	+152.674,12
Summe Einnahmen	26.015.100,00	28.081.704,34	+2.066.604,34



(Angaben in €)

Ausgaben	Ansatz 2008	Ergebnis 2008	mehr/weniger
Personalausgaben	9.239.900,00	9.279.447,55	+39.547,55
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	6.218.900,00	5.717.555,71	./501.344,29
Zuweisungen und Zuschüsse	801.200,00	707.424,28	./93.775,72
sonstige Finanzausgaben	9.755.100,00	12.377.276,80	+2.622.176,80
Summe Ausgaben	26.015.100,00	28.081.704,34	+2.066.604,34



3.2. Ansatzabweichungen im Verwaltungshaushalt

3.2.1. Einnahmen Verwaltungshaushalt

Untergruppe 0 – Steuern und allgemeine Zuweisungen

(Angaben in T€)

Nachfolgende Abweichungen wurden gegenüber den Planansätzen festgestellt:

• geringere Grundsteuereinnahmen A und B (durch Erlasse auf Ertragsminderung bei Grundsteuer B/Beschlüsse der SVV)	./80,8
• erhöhte Gewerbesteuereinnahmen aufgrund der Veranlagung vom Finanzamt	+496,2
• höhere Einnahmen bei dem Anteil an der Einkommenssteuer durch Festsetzung vom Land	+1.239,2
• höhere Umsatzsteueranteile durch Festsetzung vom Land	+40,5
• höhere Vergnügungssteuer und geringere Hundesteuer, insgesamt	+9,8
• erhöhte Schlüsselzuweisungen durch erhöhte Ausschüttung vom Land	+313,2
• erhöhter Schullastenausgleich für Schulträgerschaft der Stadt Prenzlau	+14,7
• geringere Zuweisungen für übertragene Aufgaben vom Land	./3,5
Summe Mehreinnahmen	<u>+2.029,3</u>

Untergruppe 1 – Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

• geringere Verwaltungsgebühren, insbesondere im Einwohnermeldeamt und im Gewerbeamt	./4,5
• geringere Benutzungsgebühren in der Obdachlosenunterkunft, Bereich Friedhof und Durchführung von Großveranstaltungen	./186,5
• geringere Verkäufe u.a. (Holzverkauf im Stadtforst)	./47,9
• höhere sonstige Verwaltungs- und Betriebskosten u.a. durch Umsatzsteuererstattungen	+15,2
• höhere Miet- und Pachteinnahmen (durch Überprüfung der Verwahrbestände aus den Vorjahren)	+1,0
• erhöhte Erstattungen für die Durchführung des Konversionssommers, erhöhte Ausgleichsbeträge für die Kita	+83,1

• höhere Zuweisungen und Zuschüsse, u.a. aus EU-Förderung "Energieeff. Schule", Zuweisungen für Kitas	+24,1
Summe Mindereinnahmen	<u>.115,5</u>

Untergruppe 2 – sonstige Finanzeinnahmen

(Angaben in T€)

• höhere Zinseinnahmen aufgrund eines höheren Kassenbestandes; Der Kassenbestand war durch die Gewerbesteuer und durch die Einkommensteuer verhältnismäßig hoch. Die Bestände der Rücklagen wurden vollständig als Festgeldanlage angelegt.	+176,6
• geringere Gewinnanteil von E.on e.dis AG	./4,8
• höhere Konzessionen der E.on e.dis AG	+30,8
• geringere weitere Finanzeinnahmen, wie z.B. Bußgelder, Säumniszuschläge usw. Der geplante Ansatz bei den Bußgeldern konnte nicht erreicht werden.	./53,1
• höhere kalkulatorische Einnahmen Bei den Abschlussbuchungen zum Jahresende haben sich die Abschreibungen und die Verzinsung des Anlagevermögens im kostenrechnenden Bereich gegenüber des Planansatzes leicht erhöht.	+3,1
Summe Mehreinnahmen	<u>+152,6</u>

3.2.2 Ausgaben Verwaltungshaushalt

Untergruppe 4 - Personalausgaben

(Angaben in T€)

• geringere Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten	./2,2
• höhere Personalausgaben (siehe Seite 11 dieses Berichtes)	+41,7
Summe Mehrausgaben	<u>+39,5</u>

5,6 – Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

• geringere Wertunterhaltungsausgaben der Grundstücke u. baulichen Anlagen	./1,9
• geringere Ausgaben für Unterhaltung Informationstechnik und sonstigen Ausstattungsgegenständen	./15,3

• geringere Leasingausgaben für Kopierer, geringere Mietaufwendungen durch den Umbau Pestalozzisporthalle, geringere Mietausgaben für Obdachlosenheim	./14,8
• geringere Ausgaben für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen u. a. Straßenreinigung, Winterdienst, Gebäudereinigung, Brennstoffe u. Fernwärme, Hauswartleistungen, Grünflächenpflege, Bewirtschaftungskosten Straßenreinigung u. Müllabfuhr	./305,2
• höhere Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen im Fuhrpark bei der Feuerwehr, beim Stadion und Stadforst trotz höherer Benzinkosten	+3,6
• geringere Aufwendungen für Bedienstete, für Arbeitsschutz und Fortbildung	./5,6
• geringere Ausgaben für weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben z.B. für Großveranstaltungen Dominikanerkloster, für Ehrungen und Auszeichnungen, Vorbereitung 775-Jahr-Feier	./50,3
• geringere Steuern und sonstige Geschäftsausgaben; Die Verringerung in dieser Ausgabengruppe beruht auf die geringen Umlagebeiträge für Versicherungen. Weiterhin gab es Einsparungen bei Vorsteuerbeträgen gegenüber dem Finanzamt.	./11,2
• geringere Geschäftsausgaben für Büromaterial, Vordrucke, Porto, Anwalts- und Gerichtskosten	./36,3
• geringere weitere sächliche Ausgaben wie Mitgliedsbeiträge und Umlagebeiträge (Unfallverband)	./47,5
• geringere Erstattungen von Ausgaben des VwH Die geringeren Ausgaben beruhen u.a. auf geringere Zahlungen von Schulumlagen an andere Gemeinden.	./20,2
• höhere kalkulatorische Ausgaben (Verzinsungen und Abschreibungen)	+3,2
Summe Minderausgaben	<u>./501,5</u>

7 – Zuweisungen und Zuschüsse

• geringere Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke wie z. B. Kostenausgleichzahlungen Kita, Zuschüsse Obdachlosenunterkunft, Zuschuss Jugendprojekt „Pomerania“; Das Prenzlauer Profil wurde im Verhältnis zum Haushaltsansatz in Höhe von 97,30 % in Anspruch genommen.	./67,6
• sonstige soziale Leistungen geringere Mehraufwandsentschädigungen SGB II und Sachkosten ABM	./26,1
Summe Minderausgaben	<u>./93,7</u>

8 – Sonstige Finanzausgaben

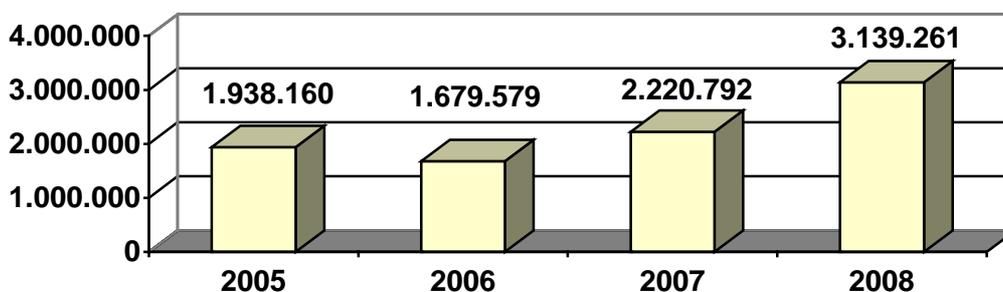
• geringere Gewerbesteuerumlage; Aufgrund des Gewerbesteueraufkommens zum 31.12.2008 musste die gesetzliche Gewerbesteuerumlage gezahlt werden. Diese war geringer als geplant. Der Prozentsatz hatte sich aufgrund einer gesetzlichen Änderung verringert.	./54,6
• höhere Kreisumlage durch erhöhte Schlüsselzuweisungen	+146,5
• höhere Zinsausgaben für gesetzliche Steuererstattungen aus Gewerbesteuern	+2,5
• höhere Zuführung zum VmH; Durch den Einnahmeüberschuss und der Ausgabenreduzierung im Verwaltungshaushalt konnte neben der Pflichtzuführung in Höhe von 1.007.385,85 € eine zusätzliche Zuführung von 2.954.935,27 € vorgenommen werden. Die geplante Zuführung setzte sich aus der Pflichtzuführung von 1.007,5 T€ und einer zusätzlichen Zuführung von 426,7 T€ zusammen.	+2.528,1
Summe Mehrausgaben	<u>+2.622,5</u>

3.3. Ergebnisfeststellung Verwaltungshaushalt 2008

Zum vierten Mal in dieser Wahlperiode konnte im Haushaltsjahr 2008 durch einen Einnahmeüberschuss und durch Ausgabenreduzierungen im Verwaltungshaushalt, neben der Pflichtzuführung in Höhe von 1.007.385,85 €, eine zusätzliche Zuführung von 2.954.935,27 € dem Vermögenshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Die Ursachen des Einnahmeüberschusses beruhen u.a. auf Mehreinnahmen durch Schlüsselzuweisungen, Zinsen durch Geldanlagen, Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und Mehreinnahmen beim Anteil der Einkommensteuer.

Entwicklung des Einkommensteueranteils



Die Zahlungen für den Einkommensteueranteil erfolgen sporadisch.

15.02.2008	292.783,00 €
02.05.2008	652.576,00 €
01.08.2008	686.656,00 €
03.11.2008	753.623,00 €
04.12.2008	<u>753.623,00 €</u>
Summe	<u>3.139.261,00 €</u>

Die Einkommensteuer ist eine Personensteuer. Das bedeutet, dass die Höhe der Steuer abhängig von den persönlichen Verhältnissen der Steuerzahler ist. Bemessungsgrundlage ist das verfügbare Einkommen. Die Berechnung erfolgt länderbezogen (Gesamtaufkommen eines Landes).

Tendenziell wird eingeschätzt, dass der o.g. Aufwärtstrend aufgrund der vorhandenen Wirtschaftskrise in Deutschland nicht anhalten wird.

Es konnte ein höheres Ergebnis an **Gewerbesteuern** (Plan: 4.850,0 T€, Ergebnis: 5.348,2 T€) erreicht werden.

Die Personalausgaben sind aufgrund der tariflichen Erhöhungen und mehr benötigtem Personal im Kita-Bereich nur unwesentlich erhöht.

Im Bereich der Geschäftsausgaben und Bewirtschaftungskosten konnten die eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen weiterhin greifen und führten zu Minderausgaben in Höhe von ca. 341,6T€

3.4. Spezielle Ergebnisse des Verwaltungshaushaltes

Die **Realsteuereinnahmen** in der Stadt Prenzlau haben sich wie folgt entwickelt:

(Angaben in €)

	Ansatz 2008	Ergebnis 2008	Ergebnis 2007
Grundsteuer A	126.000,00	118.376,56	125.205,20
Grundsteuer B	1.920.000,00	1.846.933,64	1.938.965,26
Gewerbesteuer	4.850.000,00	5.346.246,45	4.056.294,84
Summe Realsteuer	6.896.000,00	7.311.556,65	6.120.465,30
Prozentualer Anteil VwH	26,50	26,04	23,50

Durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer hat sich der prozentuale Anteil der Realsteuer an den Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes gegenüber dem Vorjahr erhöht und leistet im Haushaltsjahr 2008 einen 26,04%igen Einnahmeanteil am Gesamthaushalt.

Mit der Haushaltssatzung 2008 wurden die Hebesätze für die Realsteuern gegenüber den Vorjahren nicht verändert. Der Hebesatz für die Grundsteuer A beträgt 300 v. H.

Für die Grundsteuer B beträgt der Hebesatz 400 v.H. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer beträgt 325 v.H. und ist seit 1994 nicht verändert worden.

Die **Grundsteuer B** hat die gestellten Erwartungen nicht vollständig erfüllt. Durch einige Grundstückseigentümer wurden Anträge auf Grundsteuererlasse gestellt, die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden. Insgesamt wurden den Grundstückseigentümern ca. 34,0 T€ erlassen, was sich negativ auf das Gesamtergebnis auswirkte. Durch die Eigentümer wurden auch Wertfortschreibungen beantragt, die durch das Finanzamt genehmigt wurden. Diese Wertfortschreibungen wirkten sich ebenfalls negativ auf das Ergebnis der Grundsteuer aus.

Die geplanten Einnahmen im Bereich **Gewerbesteuer** wurden übererfüllt. Der Haushaltsansatz im Jahre 2009 wurde daher auf 4.700.000,00 € festgesetzt. Durch die Gewerbesteuerpflichtigen mussten im Haushaltsjahr 2008 Nachzahlungen in Höhe von 2.690.485,00 € vorgenommen werden. Gleichzeitig erfolgten aufgrund von Festsetzungsbescheiden vom Finanzamt durch die Stadtkasse Erstattungen an die Gewerbesteuerpflichtigen in Höhe von 1.589.327,00 €. Die Gewerbesteuer ist eine schwer planbare Größe.

Entwicklung der Gewerbesteuer

Ergebnis 2003	1.557.023,97 €
Ergebnis 2004	3.593.790,12 €
Ergebnis 2005	2.751.363,11 €
Ergebnis 2006	6.050.814,57 €
Ergebnis 2007	4.056.294,84 €
Ergebnis 2008	5.346.246,45 €
Plan 2009	4.700.000,00 €



Die Entwicklungen des **Anteiles an den Gemeinschaftssteuern und den allgemeinen Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen)** stellen sich wie folgt dar:

(Angaben in €)

	Ansatz 2008	Ergebnis 2008	Ergebnis 2007
Anteil Umsatzsteuer	680.000,00	720.512,00	691.449,00
Anteil Einkommenssteuer	1.900.000,00	3.139.261,00	2.220.792,00
Schlüsselzuweisungen.	6.288.600,00	6.601.841,00	6.805.062,00
Familienleistungsausgleich	513.200,00	513.191,00	509.871,00
Schullastenausgleich	432.000,00	446.607,00	432.939,00
Zuweisung übertragender Aufgaben	375.000,00	371.390,00	370.956,00
Mehrbelastungsausgleich	800.000,00	800.000,00	800.000,00
Summe	10.988.800,00	12.592.802,00	11.831.069,00
prozentualer Anteil VwH	42,24	44,84	45,42

Aus dieser Übersicht ist erkennbar, dass das Land Brandenburg gemäß dem FAG für das Haushaltsjahr 2008 die Ausreichung der finanziellen Mitteln an die Stadt wie geplant vorgenommen hat. Im Bereich der Schlüsselzuweisungen konnte der gestellte Planansatz übererfüllt werden.

Im Bereich der **Personalausgaben** wurde der Haushaltsansatz geringfügig um 39,6 T€ überschritten. Die nachstehenden Beträge sind die Personalkosten, einschließlich gezahlte Abfindungen, Personalausgaben ABM, Mehraufwandsentschädigungen SGB II, aber ohne Aufwandsentschädigungen. Die genehmigte überplanmäßige Ausgabe von 141.000,00 € für Personalausgaben musste nur geringfügig aufgrund anderer Einsparungen im Personalbudget in Anspruch genommen werden. Die Erhöhung der Personalausgaben beruht auf der tariflichen Änderung im öffentlichen Dienst.

(Angaben in €)

	Ansatz 2008	Ergebnis 2008	Ergebnis 2007
reine Personalausgaben Gruppe 41,43,44,45,46	9.070.400,00	9.112.065,55	8.795.024,82
prozentualer Anteil VwH	34,86	32,40	36,40

Entwicklung Personalausgaben ab 2003

Jahre

Ergebnis 2003	9.319.450,40 €
Ergebnis 2004	9.006.325,61 €
Ergebnis 2005	8.359.964,73 €
Ergebnis 2006	8.511.448,15 €
Ergebnis 2007	8.795.024,82 €
Ergebnis 2008	9.112.065,55 €
Plan 2009	9.781.000,00 €

Durch die Einführung der zentralen Bewirtschaftung in den Vorjahren konnten durch das Gebäudemanagement **im sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand** Einsparungen im Vergleich zum Planansatz erzielt werden. Durch das Gebäudemanagement, das im Amt für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung integriert ist, werden solche Ausgaben wie Unterhaltung Grundstücke, Wasser, Abwasser, Müllabfuhr, Energie, Telefon u.a. Geschäftsausgaben zentral bewirtschaftet. Die größten Einsparungen konnten im Bereich Straßenreinigung, Winterdienst, Bewirtschaftungskosten, Hauswartleistungen und Müllabfuhr erreicht werden. Auch Einsparungen in den freiwilligen Bereichen (775-Jahr-Feier) und für die Durchführung von Großveranstaltungen führten zu Ausgabenreduzierungen.

(Angaben in €)

	Ansatz 2008	Ergebnis 2008	Ergebnis 2007
5/6 sächlicher Verwaltungs-/ Betriebsaufwand	6.218.900,00	5.717.555,71	5.924.335,80
prozentualer Anteil VwH	23,9	20,4	22,7

Im Bereich der **Zuweisungen und Zuschüsse** haben sich die Ausgaben wie folgt entwickelt:

(Angaben in €)

	Ansatz 2008	Ergebnis 2008	Ergebnis 2007
7 Zuweisungen und Zuschüsse	801.200	707.424,28	677.159,37
prozentualer Anteil VwH	3,0	2,5	2,60

In diesem Bereich sind alle Zuweisungen des Prenzlauer Profils, die Zuweisungen für die freien Träger im Bereich Kita enthalten. Die Minderausgaben in diesem Bereich beruhen auf geringeren Kostenausgleichszahlungen an andere Kita-Träger und geringeren Zahlungen aus dem Förderprogramm „LOS“(Lokales Kapital für soziale Zwecke). Die Ausgaben für das Prenzlauer Profil haben sich gegenüber dem Vorjahr stabil gehalten.

Der Bereich **sonstige Finanzausgaben** umfasst u.a. die Zahlungen der Kreisumlage, die Gewerbesteuerumlage, die Zinsausgaben und die Zuführung zum Vermögenshaushalt.

(Angaben in €)

	Ansatz 2008	Ergebnis 2008	Ergebnis 2007
8 Sonstige Finanzausgaben	9.755.100,00	12.377.276,80	10.489.654,13
prozentualer Anteil VwH	37,5	44,1	40,3

In der Hauptgruppe 8 ist die Pflichtzuführung gemäß § 21 (1) GemHV enthalten. Diese muss mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung im Vermögenshaushalt finanziert werden können (Planansatz 1.007,5 T€).

Die tatsächliche Pflichtzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung betrug im Haushaltsjahr 2008 ebenfalls 1.007.385,85 €. Aufgrund des Einnahmeüberschusses und der Ausgabenreduzierungen des Verwaltungshaushaltes konnte eine zusätzliche

Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 2.954.935,27 € vorgenommen werden.

Des Weiteren musste aufgrund erhöhter Schlüsselzuweisungen eine erhöhte Kreisumlage in Höhe von 146.407,11 € an den Landkreis Uckermark gezahlt werden. Dagegen konnte die Gewerbesteuerumlage an das Land um 54.584,00 € reduziert werden.

Haushaltsausgabereste

Durch die Jahresrechnung wurden im Verwaltungshaushalt **keine Haushaltsausgabereste** für das Nachjahr gebildet.

4. Spezielle Ergebnisse der Stadtkasse im Haushaltsjahr 2008

Durch die Jahresrechnung 2008 mussten im Verwaltungshaushalt insgesamt 25.904,51 € **Kasseneinnahmereste** aus Vorjahren abgesetzt werden. Die Summe der Kassenreste (offene Forderungen) hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Haushaltsjahr	Kassenreste	Abgang von Kassenresten
2005	322.809,00 €	246.698,22 €
2006	459.607,12 €	37.457,47 €
2007	553.696,18 €	42.114,70 €
2008	720.575,02 €	25.904,51 €

Die Absetzung von Kassenresten hat negative Auswirkungen auf das Ergebnis des laufenden Jahres. Trotz aller Vollstreckungsversuche mussten diese Forderungen befristet niedergeschlagen werden. Der Absetzungsbetrag hat sich erfreulicherweise gegenüber den Vorjahren verringert. Eine Vielzahl der Schuldner liegt unter der Pfändungsfreigrenze. Bei Alleinstehenden beträgt die gesetzliche Pfändungsfreigrenze 990,00 €. Bei einer unterhaltsberechtigten Person ist ab einem Betrag von 1.360,00 € ein geringer Betrag pfändbar, für zwei unterhaltsberechtigten Personen gilt die Pfändungsfreigrenze von 1.570,00 €.

Die Absetzung von Forderungen betrifft alle Bereiche, insbesondere, Benutzungsgebühren, Säumniszuschläge, Realsteuern und Verwarn- und Bußgelder. Trotz der vorhandenen Pfändungsfreigrenzen konnten mit einer Vielzahl von Schuldnern Ratenzahlungen vereinbart werden. Es wurde verstärkt dazu übergegangen, von den Schuldnern Abtretungen unterzeichnen zu lassen, die zum Beispiel beim Amt für Grundsicherung eingereicht werden. Das Amt muss diese berücksichtigen und direkt den abgetretenen Betrag monatlich an die Stadt Prenzlau auszahlen. Dies ist eine sichere Methode, einen Schuldbetrag konstant auszugleichen, trotz geringen Einkommens.

Diese o.g. Gründe verursachen auch die Erhöhung der offenen Forderungen.

Übersicht über die Einzelfälle in der Vollstreckungsbehörde/Stadtkasse:

	Anzahl der Fälle 2002	Anzahl der Fälle 2003	Anzahl der Fälle 2004	Anzahl der Fälle 2005	Anzahl der Fälle 2006	Anzahl der Fälle 2007	Anzahl der Fälle 2008
Bußgelder, die der Vollstreckung übergeben wurden	470	513	562	560	493	553	532
eigene Amtshilfeersuchen	696	711	578	575	297	451	645
fremde Amtshilfeersuchen	250	508	568	666	695	714	809
Mahnungen	5.350	5.685	7.244	5.112	4.759	4.344	7.850
Pfändungsaufträge (neu)	1.454	1.423	1.517	1.221	1.419	1.110	2.579
Kontopfändungen	297	408	384	344	311	349	388
Einziehungsaufträge	77	102	221	164	17	15	0
laufende Insolvenzverfahren	55	31	67	73	109	156	205
Zwangsversteigerungsverfahren	5	23	32	38	46	56	63
Verfahren der außergerichtlichen Schuldenregulierung/Schuldnerberatung	13	32	6	10	8	8	16
Betreuungsvereine tätig			5	5	3	6	20
Ratenvereinbarungen aus Vorjahren		198	171	253	337	337	497
Ratenvereinbarungen neu in 2008						160	256
Ratenvereinbarungen gesamt						497	753
gerichtlich anhängige Mahnverfahren	11	0	0	0	0	0	0
laufende Verfahren Creditreform		17	23	18	13	5	35
fruchtlose Pfändungen				77	118	95	21
eingetragene Sicherungshypotheken							6

Die Zahl der übergebenen Pfändungsaufträge hat sich erhöht. Es wird jetzt nahezu fast ausschließlich mit Abtretungen vom Amt für Grundsicherung gearbeitet, um getroffene Zahlungsvereinbarungen einzuhalten. Ein stetiger Anstieg der Mahnungen, Pfändungsaufträge, Kontopfändungen und als Resultat daraus, eine Zunahme der Ratenvereinbarungen ist zu verzeichnen. Durch die konsequente Arbeit mit Abtretungen sind die fruchtlosen Pfändungen stark zurückgegangen. Zu beachten gilt aber folgendes: Da die monatlichen Raten überwiegend sehr gering sind, ist mit der Einbringung des Gesamtbetrages meist erst in Folgejahren zu rechnen.

Im Jahre 2008 wurde eine Gesamtsumme von ca. 759.240,00 € in Form verschiedener Vollstreckungsfälle bearbeitet.

Liquiditätslage der Stadt Prenzlau

Im Jahre 2008 konnten Zinsen in Höhe von 526.682,25 € erwirtschaftet werden.
Die geplanten Zinseinnahmen betragen im Jahre 2008 350.000,00 €.

Die **Liquiditätslage** hat sich wie folgt entwickelt:

	(Angaben in €)
31.01.2008	10.285.013,21
29.02.2008	9.997.383,75
31.03.2008	9.302.674,75
30.04.2008	9.480.962,11
30.05.2008	10.708.474,52
30.06.2008	11.954.831,97
31.07.2008	12.047.445,80
31.08.2008	12.535.436,78
30.09.2008	11.360.364,18
30.10.2008	11.924.590,20
30.11.2008	11.468.252,10
30.12.2008	11.579.231,29

Der **durchschnittliche Kassenistbestand** im Jahr 2008 betrug **11.053.721,72 €**

Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde in der Haushaltssatzung 2008 auf 4.000.000,00 € festgesetzt. Aufgrund der vorhandenen Liquidität musste, wie in den Vorjahren, auch im Jahr 2008 kein Kassenkredit aufgenommen werden. Durch Festgeldanlagen und Tagesgeldanlagen konnte der Kassenbestand weitestgehend angelegt werden, um Zinseinnahmen zu erwirtschaften.

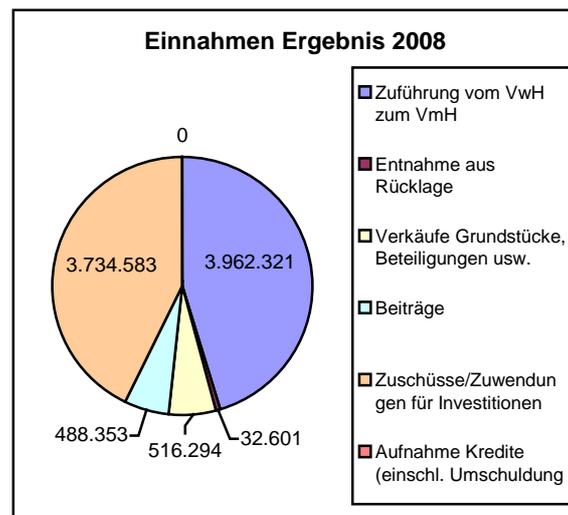
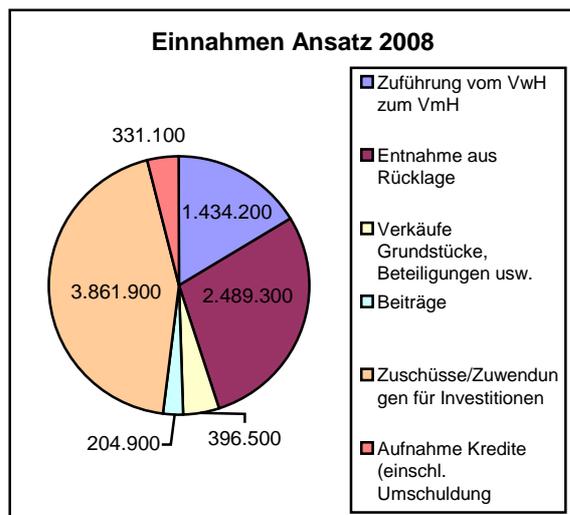
5. Vermögenshaushalt

5.1. Einnahme- und Ausgabestruktur des Vermögenshaushaltes

Einnahmen

(Angaben in €)

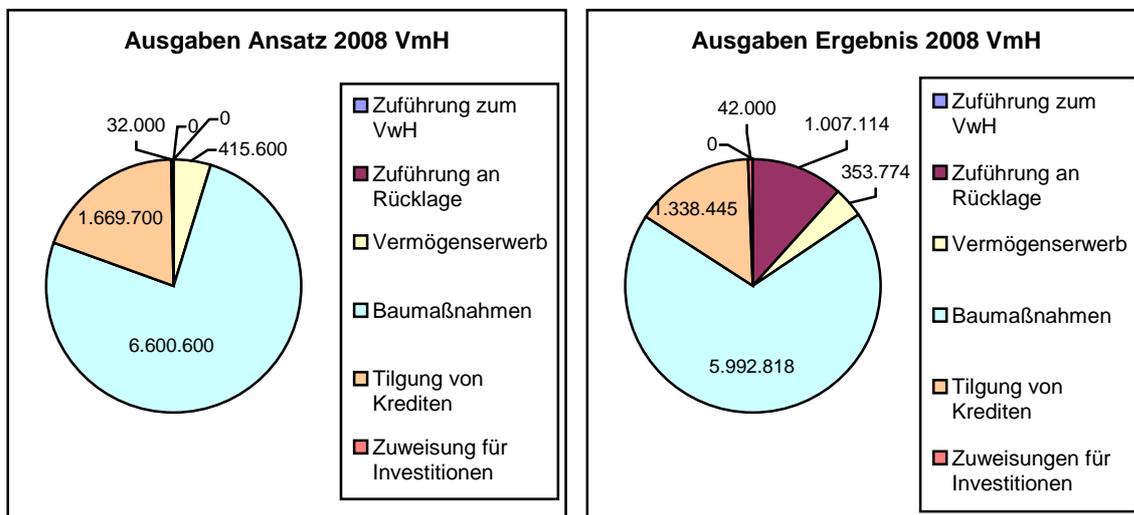
	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ergebnis 2008
Zuführung vom VwH zum VmH	3.047.246,37	1.434.200	3.962.321,12
Entnahmen aus Rücklagen	45.346,18	2.489.300	32.601,28
Verkäufe Grundstücke, Beteiligungen usw.	953.754,44	396.500	516.293,94
Beiträge	414.503,23	204.900	488.352,76
Zuschüsse/ Zuwendungen für Investitionen	3.907.857,75	3.861.900	3.734.582,96
Aufnahme Kredite (einschl. Umschuldung)	1.560.159,23	331.100	-
Summe Einnahmen	9.928.867,20	8.717.900	3.734.152,06



Ausgaben

(Angaben in €)

	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ergebnis 2008
Zuführung zum VwH	0	0	0
Zuführung an Rücklage	603.341,72	0	1.007.113,94
Vermögenserwerb	971.616,43	415.600,00	353.774,44
Baumaßnahmen	4.879.647,93	6.600.600,00	5.992.818,27
Tilgung von Krediten	3.290.342,72	1.669.700,00	1.338.445,41
Zuweisungen für Investitionen	183.918,40	32.000,00	42.000,00
Summe Ausgaben	9.928.867,20	8.717.900,00	8.734.152,06



5.2. Erläuterungen zu den Abweichungen im Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt war eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 1.898,3 T€ für die Durchführung von Investitionen und eine Entnahme aus der Sonderrücklage in Höhe von 591,0 T€ geplant worden. Das gute Jahresergebnis des Verwaltungshaushaltes ergab keine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage zur Finanzierung des Investitionshaushaltes. Die geplante Entnahme aus der Sonderrücklage Baurestoffdeponie in Höhe von 591,0 T€ wurde nur für die anfallenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von 32.601,28 € vorgenommen.

Im Bereich der Grundstücksverkäufe konnten die geplanten Einnahmen erreicht werden.

Die geplante Einnahme bei den **Beiträgen** liegt mit 283,5 T€ über den Planansatz 2008. Dies resultiert aus der zusätzlichen Abrechnung der Friedrichstraße und des Gehweges Steinstraße. Im Jahre 2008 wurden 147 neue Bescheide erstellt. Davon wurden 139 vollständig bezahlt, 6 Bescheidempfangen stellten Stundungsanträge. Im Einzelfall wird geprüft, ob bei Stundungen gleichzeitig eine Sicherungshypothek eingetragen werden muss.

Die eingegangenen **Zuweisungen** für Investitionen sind um 127,3 T€ niedriger ausgefallen als geplant. Das bedeutet, dass es der Stadt Prenzlau fast gelungen ist, alle geplanten Mittel für die einzelnen Investitionen zu akquirieren.

Trotzdem kam es in Einzelfällen zu geringeren Zuwendungen vom Land als veranschlagt. Dies führte auch zu Minderausgaben bei den geplanten Baumaßnahmen:

- 10,4 T€ Mindereinnahmen für Erwerb Anlagevermögen Diesterwegschule
- 24,9 T€ Mindereinnahmen für Sanierungsmaßnahmen Grundstücksankäufe
- 10,0 T€ Mindereinnahmen kleinteilige Maßnahmen Soziale Stadt
- 46,9 T€ Mindereinnahmen für Zuweisungen Basecamp
- 10,0 T€ Mindereinnahmen vom Land Zuweisungen Programm Stadtumbau
- 91,0 T€ Mindereinnahmen für Zuweisungen Abriss Stadtumbau
- 342,6 T€ Mindereinnahmen für Zuweisungen Wegebau Schönwerder-Dedelow
- 60,0 T€ geringere Zuweisungen Umfeld Marienkirche

Dem gegenüber stehen auch eine Vielzahl von Zuwendungen vom Land, die zusätzlich der Stadt Prenzlau zur Verfügung gestellt wurden:

- 11,7 T€ Mehreinnahmen von privat für Diesterwegschule
- 27,0 T€ Mehreinnahmen für Russisches Ehrenmal
- 49,4 T€ Mehreinnahmen für Zuschüsse REN-Projekt
- 19,0 T€ Mehreinnahmen für Sanierungsmaßnahmen sonstige Maßnahmen
- 180,0 T€ Mehreinnahmen für Zuweisungen Kreisverkehr Uckerpromenade
- 153,6 T€ Mehreinnahmen Seelübber Weg

Zwischen den Einnahmehaushaltsstellen für die Zuwendungen und den Ausgabehaushaltsstellen für eine Investition besteht in der Regel ein Zweckbindungsvermerk nach § 16 der GemHV.

Das bedeutet, dass geringere Zuweisungen zu geringeren Investitionsausgaben führen können oder das Mehreinnahmen zu höheren Investitionsausgaben führen können.

Eine Neuaufnahme von **Krediten** wurde für das Haushaltsjahr 2008 nicht geplant und wurde nicht vorgenommen. Im Jahre 2008 war eine Umschuldung in Höhe von 331.100,00 € in Ansatz gebracht. Für zwei Kredite war die Zinsbindung ausgelaufen. Da zum Ende des Haushaltsjahres 2008 absehbar war, dass es einen positiven Abschluss geben wird, wurde von der Umschuldung abgesehen und eine außerordentliche Tilgung durchgeführt.

Aufgrund fehlender Zuweisungen wurden nachfolgende investive **Baumaßnahmen** mit einem geringeren Investitionsvolumen von insgesamt 607,8 T€ umgesetzt. Aber auch durch Sparmaßnahmen konnten geringere Ausgaben vorgenommen werden. Dazu gehören u.a.

	- Angaben in T€ -
• Sanierung Sporthalle Pestalozzischule	./ 105,5
• Umbau PC-Räume Gymnasium	./ 23,6
• Umfeld Marienkirche	./ 80,0
• Bebauungspläne	./ 13,0
• Abriss Schrödersche Grundstück	./ 9,0
• Hüllensanierung Basecamp	./ 70,4
• Kleinteilige Maßnahmen Soziale Stadt	./ 15,0
• Stadtumbau Abriss	./ 91,8
• Programm Stadtumbau	./ 11,8
• Stadtanteil Röpersdorfer Straße	./ 20,0
• Schenkenberger Straße	./ 9,0
• Wegebau Dedelow-Schönwerder	342,6
• Regenentwässerung Güstow	./ 26,0
• Schließung Baureststoffdeponie	./ 558,4

Die investive Schlüsselzuweisung betrug im Jahre 2008 1.600.722,00 €. Dem gegenüber stehen Gesamtinvestitionsausgaben in Höhe von 6.303.592,71 €.

Übersicht über die investiven Zuweisungen und Gesamtinvestitionen nach Haushaltsjahren

Angaben in €

Haushaltsjahre	Zuwendungen für Investitionen gesamt (Ergebnis)	Ausgaben für Investitionen (Ergebnis Gruppen 935,94,95,96,98)
2003	7.838.615,57	10.912.879,72
2004	4.024.170,30	5.245.580,89
2005	5.364.801,29	5.912.484,33
2006	4.373.936,62	5.377.597,46
2007	3.907.857,75	5.979.227,56
2008	3.734.582,96	6.303.592,71
Plan 2009	4.824.400,00	8.677.600,00

Im Bereich der Investitionen wurden **Mehrausgaben** für investive Baumaßnahmen getätigt. Diese Mehrausgaben beruhten zum einen auf erhöhte Zuweisungen und zum anderen auf außerplanmäßige Ausgaben sowie durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, zum Beispiel:

	- Angaben in T€ -
• Umbau- und Ersatzvornahmen Umweltschutz	11,7
• Gestaltung Schulhof Diesterwegschule	12,2
• Ehrenmal „Rote Armee“	75,0
• Brandschutzmaßnahmen Kita „Freundschaft“	33,0
• Kinderspielplätze	15,2

• Wärmekonzept	49,5
• Wettbewerb LAGA	13,5
• Sanierungsmaßnahmen Sanierungsgebiet	19,0
• Uckerpromenade	48,9
• Landweg Seelübbe	202,5
• Wendehammer Krummer Weg (Nördliches Industriegebiet)	113,6
• Rückbau Magarinefabrik	30,8
• Alte Kaserne	19,0

5.3. Besondere Kennziffern des Vermögenshaushaltes und Verschuldungsstand Stadt Prenzlau

Die Verschuldung zum 31.12.2008 beträgt in der Stadt Prenzlau 512,16 € je Einwohner. Die Durchschnittverschuldung im Land Brandenburg beträgt 653 €/Einwohner. Der Verwaltungshaushalt konnte die Tilgungen in Höhe der Pflichtzuführung für die vorhandenen Kredite erwirtschaften. Weiterhin konnte eine außerordentliche Tilgung in Höhe von 331.059,56 € getätigt werden. Die Höhe der Verschuldung kann der Anlage 3 dieses Berichtes entnommen werden.

Haushaltsausgabereste aus den Vorjahren mussten in Höhe von 359.154,41 € weiter übertragen werden.

Die weitere Übertragung der Haushaltsreste wird bei den Baumaßnahmen vorgenommen, die noch nicht abgeschlossen sind (§ 18 GemHV). Bis zur Beendigung der Baumaßnahmen müssen diese Mittel in Form von Haushaltsausgaberesten zur Verfügung gestellt werden. Es konnten die Haushaltsausgabereste aus Vorjahren fast vollständig abgearbeitet werden.

Neue Haushaltsreste wurden in Höhe von 2.965.208,69 € gebildet. Die Bildung der Haushaltsreste wurde durch die Kämmerei in Zusammenarbeit mit dem Amt für Bauen, Stadt- u. Ortsteilentwicklung und den anderen Fachämtern mit besonderer Sorgfalt vorgenommen.

Der Abgang auf Haushaltsausgabereste aus Vorjahren betrug 61.914,36 €, da diese Baumaßnahmen abgeschlossen wurden.

Haushaltseinnahmereste dürfen gemäß der Gemeindehaushaltsverordnung nur für Kredite und für Zuweisungen mit verbindlichem Charakter gebildet werden. Neue Haushaltseinnahmereste wurden in Höhe von 792.699,76 € für verschiedene Zuwendungen gebildet. Haushaltseinnahmereste dienen u.a. zur Finanzierung der Haushaltsausgabereste für Investitionen. Diese Haushaltseinnahmereste werden in der Jahresrechnung 2008 zum Soll gestellt, der istmäßige Eingang erfolgt in der Regel im Nachjahr.

Der Abgang der **Kasseneinnahmereste** im Vermögenshaushalt betrug 4.076,88 €. Erbrachte Leistungen für den Parkplatz bei der Mehrzweckhalle in Höhe von 1.696,85 € wurden vom Fördermittelgeber nicht anerkannt und somit nicht erstattet. Für den Verkauf von Pflastersteinen mussten 160,00 € abgesetzt werden, da die Pfändung für eine falsche Person ausgestellt war. Der Betrag wurde im Jahr 2008 von der richtigen Person eingezahlt und neu angeordnet. Aufgrund eines Änderungsbescheides für die neue Fahrradabstellanlage verringerte sich der Zuwendungsbetrag um 2.220,03 €.

6. Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2008

6.1. Haushaltssatzung 2008

Gemäß § 76 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg ist für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Diese kann gemäß § 79 Gemeindeordnung nur durch Nachtragssatzungen geändert werden.

Im Haushaltsjahr 2008 wurde keine Nachtragssatzung aufgestellt und beschlossen.

(Angaben in €)

	Beschluss der SVV	Antwort auf Anzeige vom Landrat		Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	Gesamthaushalt
Haushalt 2008	13.12.2007	22.01.2008	E	26.015.100	8.717.900	34.733.000
			A	26.015.100	8.717.900	34.733.000

Die Haushaltssatzung 2008 wurde im Amtsblatt Nr. 8/2007 am 28.12.2007 veröffentlicht und bekannt gemacht und trat somit pünktlich zu Beginn des Haushaltsjahres in Kraft.

6.2. Kredite

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahme für das jeweilige Haushaltsjahr bedarf nach § 85 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

Kredite dürfen nur im Vermögenshaushalt und nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen oder zur Umschuldung aufgenommen werden. Eine Genehmigung der Haushaltssatzung wurde vom Landkreis als untere Aufsichtsbehörde nicht erteilt, da keine genehmigungspflichtigen Teile u.a. durch Neuaufnahmen von Krediten in der Haushaltssatzung 2008 enthalten waren.

In der Haushaltssatzung war keine neue Kreditaufnahme geplant.

Der Verschuldungsstand der Stadt Prenzlau stellt sich zum 31.12.2008 wie folgt dar:

Die Höhe der Gesamtverschuldung beträgt 10.477.456,29 € (siehe Anlage 3) dieses Berichtes.

Die Zinsausgaben für Kredite lagen bei 182.452,87 €. Die Zinseinnahmen für Festgeldanlagen betragen 526.682,85 €. Die Zinsausgaben für Kredite sind niedriger als die Zinseinnahmen der Stadt Prenzlau.

Die Tilgungszahlungen von insgesamt 1.338.445,41 € setzen sich wie folgt zusammen:

- ordentliche Tilgungen Kredite (Mindestzuführungsbetrag) 1.007.385,85 €
- außerordentliche Tilgung 331.059,56 €

Durch den Überschuss im Verwaltungshaushalt konnte eine außerordentliche Tilgung von 331.059,56 € den Schuldenstand der Stadt Prenzlau verringern.

6.3. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen betrug im Haushalt 2008 insgesamt 1.408.000 €.

Die tatsächlich in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen setzen sich wie folgt zusammen:

(Angaben in €)

Baumaßnahme	geplante Verpflichtungsermächtigungen für 2009	in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen per 31.12.2008
1. Sanierung Stadion	870.000	757.916,11
2. Waschhaus Uckerwiek	240.000	0
3. Stadtanteil Röpersdorfer Str.	132.000	0
4. Stadtanteil L 26	166.000	0
Gesamtbetrag VE 2008	1.408.000	757.916,11

6.4. Kassenkredite

Kassenkredite dienen gemäß § 87 der Gemeindeordnung zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben. Gemäß Haushaltssatzung 2008 war der festgesetzte Höchstbetrag für die Aufnahme von Kassenkrediten 4.000.000 €.

Im Haushaltsjahr 2008 wurden keine Kassenkredite in Anspruch genommen, da die Liquidität der Stadtkasse Prenzlau durch vorhandene Rücklagen und durch laufende Einnahmen ausreichend gesichert war.

6.5. Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben

Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben sind nur zulässig, wenn sie sachlich und zeitlich unabweisbar und unvorhersehbar sind und die Deckung gewährleistet ist.

Gemäß § 4 der Haushaltssatzung 2008 entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben ab einen Betrag von 50.000,00 €. Über alle anderen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben entscheidet der Kämmerer. Diese Entscheidungen des Kämmerers wurden den Stadtverordneten quartalsmäßig in Form von Mitteilungsvorlagen zur Kenntnis gegeben.

Insgesamt wurden 106 Anträge auf überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 680.762,91 € genehmigt, die alle haushaltsneutral durch Minderungen oder Mehreinnahmen gedeckt waren. Bei einer Vielzahl von diesen Anträgen handelt es sich um zusätzliche Einnahmen, die zu zusätzlichen Ausgaben führten.

Die Zahl der überplan- und außerplanmäßigen Ausgaben ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. 2003 waren es 414, 2004 263, 2005 182, 2006 156, 2007 165 und 2008 106. Das ist ein Ergebnis der verbesserten Haushaltsplanung und Haushaltsdurchführung.

7. Haushaltsmäßiger Abschluss 2008/ Ergebnisdarstellung

7.1. Haushaltsrechnung 2008

Bezeichnung		Verwaltungs- haushalt €	Vermögens- haushalt €	Gesamt €
1	2	3	4	5
1.	Soll-Einnahmen	28.107.608,85	7.945.529,18	36.053.138,03
	davon Globalreinigung	-50.000,00	0	-50.000,00
2.	+ neue Haushaltseinnahme- reste	0	792.699,76	792.699,76
3.	./. Abgang alter Haushaltsein- nahmereste	0	0	0
4.	./. Abgang alter Kassenein- nahmereste	25.904,51	4.076,88	29.981,39
5.	Summe bereinigter Soll- Einnahmen	28.081.704,34	8.734.152,06	36.815.856,40
6.	Soll-Ausgaben (darin enthalten Überschuss VmH 0,00 €)	28.081.704,34	5.830.857,73	33.912.562,07
7.	+ neue Haushaltsausgabereste	0	2.965.208,69	2.965.208,69
8.	./. Abgang alter Haushaltsaus- gabereste	0	61.914,36	61.914,36
9.	./. Abgang alter Kassenaus- gabereste	0	0	0
10.	Summe bereinigter Soll- Ausgaben	28.081.704,34	8.734.152,06	36.815.856,40
11.	Ausgleich/ Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

7.2. Kassenmäßiger Abschluss für das Jahr 2008

Bezeichnung	Gesamtrechnungssoll €	Ist €	Kassenreste €
1	2	3	4
Verwaltungs- und Vermögenshaushalt			
Verwaltungshaushalt			
Einnahmen	28.635.400,52	27.964.825,50	670.575,02
Ausgaben	28.635.400,52	28.635.400,52	0
Ist-Überschuss/Fehlbetrag		-670.575,02	
Vermögenshaushalt			
Einnahmen	10.374.840,25	10.150.056,40	224.783,85
Ausgaben	7.807.176,91	7.870.176,91	0
Ist-Überschuss/Fehlbetrag		2.342.879,49	
Gesamt VWHH VMHH			
Einnahmen	39.010.240,77	38.114.881,90	895.358,87
Ausgaben	36.442.557,43	36.442.577,43	0
Ist-Überschuss/Fehlbetrag		1.672.304,47	
Verwahrgelder –Ist-			
Einnahmen	0,00	136.756.914,12	-136.756.914,12
Ausgaben	0,00	127.016.548,18	-127.016.548,18
Ist-Überschuss/Fehlbetrag		9.740.365,94	
Verwahr Soll u. Ist			
Einnahmen	399.780,10	236.379,19	163.400,91
Ausgaben	0,00	0,00	0,00
Ist-Überschuss/Fehlbetrag			
Vorschüsse			
Einnahmen	0	43.539,95	-43.539,95
Ausgaben	0	73.263,00	-73.263,00
Ist-Überschuss/Fehlbetrag			
Insgesamt			
Einnahmen	39.410.020,87	175.151.715,16	-135.741.694,29
Ausgaben	36.442.577,43	163.532.388,61	-127.089.811,18
Ist-Überschuss/Fehlbetrag		11.619.326,55	
zum 31.12.08			

Zum 31.12.2008 stimmten der Istbestand der Sachbücher getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und der Istbestand der Verwahr- und Vorschussbücher und die Kontostände der Stadtkasse Prenzlau überein.

8. Wesentliche Abweichungen der Jahresergebnisse zu den Haushaltsansätzen nach Haushaltsstellen

Vorbemerkungen

Im Punkt 3.2. und Punkt 5.2. wurden die wesentlichen Abweichungen im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt dargestellt.

Die nachfolgende Auflistung der wesentlichen Abweichungen bei einzelnen Haushaltsstellen dient der Information. Die dargestellten Differenzen sollen Anlass geben, die zukünftige Haushaltsplanung kritisch zu prüfen, um insgesamt eine größere Planungssicherheit zu erhalten.

Ausgaben über den Haushaltsansatz von 50.000,00 € im Verwaltungshaushalt und 100.000,00 € im Vermögenshaushalt sind durch überplanmäßige Auszahlungen und außerplanmäßige Ausgaben bzw. durch Deckungskreise nach § 17 (2) GemHV gedeckt.

8.1. Verwaltungshaushalt

Nachstehende Haushaltsstellen weisen zu den Haushaltsansätzen Unterschiedsbeträge von über 50.000,00 € auf.

8.1.1 Einnahmen

(Angaben in €)

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Differenz zum Ansatz
02000.17100	höhere Zuweisungen vom Land für Konversionssommer	+67.328,00
32100.11500	geringere Benutzungsgebühren Großveranstaltung Dominikanerkloster	./54.102,51
46400.16220	höherer Kostenausgleich für Kita	+69.888,44
46450.17250	höhere Zuweisungen vom Land für Kita „Wunderland“ Dedelow	./50.522,84
57100.11112	geringere Einnahmen Eintrittskarten Seebad	./70.945,37
85500.13010	geringerer Verkauf von Holz im Stadtforst	./51.982,7
90000.00300	höhere Gewerbesteuer	+498.194,45
90000.01000	höhere Einnahmen durch Einkommenssteueranteil vom Land	+1.239.261,00
90200.04100	Schlüsselzuweisungen vom Land waren höher als die Orientierungsdaten	+313.241,00
91000.20700	höhere Zinsen durch Festgeldanlagen des Gesamtkassenistbestandes	+176.682,85

8.1.2 Ausgaben

(Angaben in €)

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Differenz zum Ansatz
02000.41400	geringere Gehälter im Hauptamt durch Personalkostenerstattungen und Arbeitszeitverringerung	./56.353,94
02000.63225	höhere Ausgaben für den Konversionsommer durch höhere Zuwendungen	+84.160,00
46430.41400	höhere Personalkosten durch höhere Kinderzahl Kita G.-Scholl durch Personalumsetzungen	+52.711,30
60100.41400	höhere Personalkosten Amt für Bauen, Stadt- u. Ortsteilentwicklung	+103.198,82
67500.63045	geringere Winterdienstausgaben	./74.855,57
90000.81000	geringere Gewerbesteuerumlage aufgrund niedrigerer Prozentsatz	./54.584,00
90000.83200	höhere Kreisumlage aufgrund höherer Schlüsselzuweisungen	+146.407,11
91000.86000	höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt durch Einnahmeüberschuss Verwaltungshaushalt	+2.528.121,12

8.2. Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt werden Unterschiedsbeträge von über 100.000,00 € gegenüber dem Haushaltsansatz nachgewiesen.

8.2.1 Einnahmen

(Angaben in €)

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Differenz zum Ansatz
63000.35005	höhere Beiträge für Friedrichstraße	+138.316,40
6300.35006	höhere Beiträge für Gehweg Steinstr.	+136.724,17
63000.36111	höhere Zuweisungen Kreisverkehr Bergstr.	+180.000,00
63000.36160	geringere Zuweisungen für Wegebau Schönwerder-Dedelow	./342.600,00
72000.31011	geringere Einnahmen Sonderrücklage Baureststoffdeponie	./558.398,72
79100.34500	höhere Einnahmen durch Veräußerung Nördliches Industriegebiet	+133.140,63
91000.30000	höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt	+2.528.121,12
91000.31000	keine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	+1.898.300,00
91000.37710	keine Umschuldung von Krediten, dafür Ablösung von Krediten	./331.100,00

8.2.2 Ausgaben

Eine Vielzahl von geringeren Ausgaben beruht auf geringere Zuweisungen oder höhere Zuweisungen führen zu erhöhten Ausgaben, siehe Punkt 5.2 dieses Berichtes.

(Angaben in €)

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Differenz zum Ansatz
63000.94064	aufgrund geringerer Zuweisungen Wegebau Dedelow-Schönwerder	./342.449,75
72000.96015	geringere Ausgaben für Schließung Baurestoffdeponie	./558.398,72
79100.94071	Wendehammer im Nördlichen Industriegebiet	+113.640,04
91000.97710	geringere Umschuldung von Krediten durch außerordentliche Tilgung	./331.100,00
91000.91000	Zuführung Allgemeine Rücklage	+1.007.113,94

9. Stand der Rücklagen

9.1. Allgemeine Rücklage

Die Allgemeine Rücklage hatte zu Beginn des Haushaltsjahres 2008 einen Bestand von 6.405.783,58 €

Es wurde im Haushaltsjahr 2008 keine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorgenommen. Eine Entnahme zur Finanzierung des Verwaltungshaushaltes und Vermögenshaushaltes war aufgrund von Mehreinnahmen und Minderausgaben im Verwaltungshaushalt nicht geplant und nicht notwendig. Durch den Einnahmeüberschuss und der Ausgabenreduzierung im Verwaltungshaushalt konnte der Rücklage ein Betrag in Höhe von 1.007.113,94 € zugeführt werden.

Stand 01.01.2008 der Allgemeinen Rücklage	6.405.783,58 €
• Zuführung Jahresrechnung 2008	1.007.113,94 €
• Stand zum 31.12.2008/01.01.2009	7.412.897,52 €
• geplante Entnahme 2009	1.545.500,00 €
	<hr/>
geplanter Bestand 31.12.2009	<u>5.867.397,52 €</u>

Der Mindestbestand der Allgemeinen Rücklage gemäß § 19 (2) GemHV ist der Betrag, der sich in der Regel auf mindestens 2 v.H. der Istaussgaben des Verwaltungshaushaltes nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre beläuft.

Für das Haushaltsjahr 2008 beträgt der gesetzliche Mindestbestand der Allgemeinen Rücklage:

Istausgaben des Verwaltungshaushaltes:

2005	24.641.629,30	
2006	26.400.963,08	
2007	<u>26.490.470,72</u>	
	<u>77.533.063,10</u>	
Durchschnitt:	25.844.354,37 €	
davon 2 v.H. =	516.887,09 €	= Mindestbestand der Rücklage

Der Mindestbestand der Allgemeinen Rücklage laut gesetzlicher Vorschrift ist gesichert.

9.2. Sonderrücklage Baurestoffdeponie

• Bestand 01.01.2008	595.592,88 €
• Entnahme Jahresrechnung 2008	32.601,28 €
• Bestand 31.12.2008/01.01.2009	<u>562.991,60 €</u>
• geplante Entnahme 2009	50.000,00 €
• Bestand 31.12.2009	<u>512.991,60 €</u>

Dieser Bestand soll in den Folgejahren zur schrittweisen Schließung der Baurestoffdeponie eingesetzt werden. Es wird versucht für die Schließung der Deponie Zuwendungen vom Land zu erhalten und den Bestand der Sonderrücklage als Eigenmittelanteil einzusetzen.

10. Kostenrechnende Einrichtungen und Betriebe gewerblicher Art

10.1. Anlagenachweise für kostenrechnende Einrichtungen und Betriebe gewerblicher Art

Für die kostenrechnenden Einrichtungen und für die Betriebe gewerblicher Art der Stadt Prenzlau werden Anlagenachweise gemäß § 36 GemHV geführt. Zu den kostenrechnenden Einrichtungen gehören die Umlagebeiträge des Wasser- und Bodenverbandes, das Friedhofswesen, die Feuerwehr und die Straßenreinigung.

Für diese kostenrechnenden Einrichtungen wird jährlich mit Hilfestellung der Kosten- und Leistungsrechnung ein Betriebsabrechnungsbogen für jede kostenrechnende Einrichtung erstellt. Ergibt sich aus den Anforderungen des Kommunalabgabengesetzes eine Veränderung der Gebührensätze (Kostendeckungspflicht), werden diese den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorgelegt.

Als Betriebe gewerblicher Art werden steuerlich in der Stadt Prenzlau abgerechnet und entsprechende Anlagenachweise geführt:

- der BgA „Dominikanerkloster, Kulturzentrum, Museum“
- der BgA „Seebadeanstalt“
- der BgA „Baureststoffdeponie“

10.2. Gebührensätze für kostenrechnende Einrichtungen

Aufgrund der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes wurden für die kostenrechnenden Einrichtungen Satzungen erlassen und die entsprechenden Gebührensätze wurden im Haushaltsjahr 2008 erhoben:

1. Umlage zur Deckung des Beitrages an den **Wasser- und Bodenverband „Uckerseen“**
Umlagesatz je Hektar 8,00 €/ha

Das kamerale Jahresergebnis ergab eine Unterdeckung von 13.907,14 €. Hierbei handelt es sich um den Anteil der Stadt Prenzlau für die eigenen Grundstücke.

2. Benutzungsgebühr Technikleistungen der **Feuerwehr:**

	- Angaben in €/h -
Einsatzleiter je Stunde	35,00
Einsatzkraft je Stunde	28,00
Tanklöschfahrzeug (TLF 16 W 50)	300,00
Tanklöschfahrzeug (TLF 16/25)	450,00
Hilfeleistungslöschfahrzeug	370,00
Löschfahrzeug (LF 8)	250,00
Drehleiter (DL 20)	347,00
Hubrettungsfahrzeug	1.000,00
Einsatzleitwagen (ELW)	200,00
Kommandowagen	150,00
Mannschaftstransportwagen (MTW)	180,00
Tragspritzenwagen	180,00
Rüstwagen (RW“/ SW 200)	250,00
Gerätewagen Gefahrgut (GWG)	730,00
Gerätewagen Logistik (GW-L)	200,00
Boottransporter (TRB II)	150,00
Ölsperrenanhänger (H 35)	180,00
Ölseparatorenanhänger	245,00

Kostenkalkulation für den Bereich Feuerwehr liegt erst im II. Quartal 2009 vor.

3. Benutzungsgebühren **Friedhof**

	- Angaben in € -
Reihengrabstellennutzung bis zum 6. Lebensjahr	500,00
Reihengrabstellennutzung für Personen über 6. Lebensjahr	1.000,00
Wahlgrabstellennutzung	1.900,00
Urnenwahlstellennutzung für 4 Urnen	750,00
Urnenreihenstellennutzung für 2 Urnen	450,00
Nutzung Urnengemeinschaftsanlage	250,00
Bestattungsgebühren bis zum vollendeten 6. Lebensjahr	155,00
Bestattungsgebühren für Personen über 6 Jahre	550,00
Urnenbestattungsgebühren	70,00
Benutzung der Kühlzelle je Tag	15,00
Benutzung Trauerhalle	54,00
Nutzung des Aufbahrungsraumes pro Tag	4,00
25 Jahre Rasenpflege auf der Grabfläche bei Erdbestattungen	75,00

Die Kostenkalkulation liegt erst im II. Quartal 2009 vor.

4. Benutzungsgebühren **Straßenreinigung und Winterdienst**

	-Angaben in €-
Reinigung Fahrbahn, Reinigungsklasse 2 je m	1,43
Reinigung Fahrbahn, Reinigungsklasse 3 je m	0,76
Reinigung Fahrbahn, Reinigungsklasse 4 je m	0,39
Winterdienst auf Geh- und Radwegen je m	0,78
Winterdienst auf der Fahrbahn je m	0,65

Die Kostenkalkulation liegt erst im II. Quartal 2009 vor.

11. Bürgschaften und Schulden

Die Höhe der Bürgschaften beträgt laut den vorhandenen Verträgen, für die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vorliegen, zum 31.12.2008 33.995.836 € (1.661,49 €/EW). Der Nettobürgschaftsbetrag beträgt 20.794.089 € (1.016,28 €/EW), da für die verbürgten Kredite von den Gesellschaften Tilgungen vorgenommen wurden. Die Gesellschaften sind angehalten, die Tilgungsleistungen zu erhöhen, soweit ihr Leistungsspektrum es erlaubt.

Die entsprechende Einzelaufstellung der Bürgschaften kann der Anlage 2 dieses Berichtes entnommen werden. In der Anlage 3 befindet sich eine Übersicht über die Schulden.

12. Doppik

Gemäß den gesetzlichen Grundlagen der neuen Gemeindeordnung ist die Stadt Prenzlau verpflichtet, die Doppik bis zum 01.01.2011 einzuführen. Dazu liegt den Stadtverordneten ein entsprechender Zeitablaufplan in Form einer Mitteilungsvorlage vor. Eine der ersten und grundlegenden Aufgabe ist die Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens. Dieses Projekt ist bis 31.12.2008 zu 85% realisiert worden. Die restlichen 15% werden aufgrund ihrer speziellen Probleme einen höheren Ar-

beitsaufwand in Anspruch nehmen. Zum 31.12.2009 wird mit der Beendigung dieser Aufgabe gerechnet.

Weiterhin wurde im Jahre 2008 der Produktplan der Stadt Prenzlau erarbeitet.

Schon im Jahre 2007 wurden in der Kämmerei für alle Fachämter die zentrale Haushaltsüberwachung eingeführt. Die Auftragserteilung erfolgt weiterhin über die Fachämter. Das gesamte Anordnungswesen wird in der Haushaltsüberwachungsabteilung der Kämmerei (später Geschäftsbuchhaltung) abgewickelt. Diese Organisationsveränderung war notwendig, da mit der Doppik sehr spezielle Anforderungen an den Haushaltssachbearbeiter gestellt werden, die von der Kämmerei angeleitet werden.

13. Schlussbemerkungen

A. Verwaltungshaushalt

Neben der Pflichtzuführung von 1.007.385,85 € konnte eine zusätzliche Zuführung in Höhe von 2.954.935,27 € dem Vermögenshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Der erwirtschaftete Überschuss im Verwaltungshaushalt resultiert aus erhöhten Steuereinnahmen aus Einkommensteueranteil sowie Gewerbesteuer, höheren Zins-einnahmen und höheren Schlüsselzuweisungen. Es konnte der Allgemeinen Rücklage zusätzlich ein Betrag von 1.007.113,94 € zugeführt werden.

Positiv ist, dass der Bestand der Allgemeinen Rücklage sich durch das Jahresergebnis 2008 auf 7.412.897,52 erhöhen konnte. Zukünftig wird der Betrag der Allgemeinen Rücklage für die Durchführung der Landesgartenschau in Prenzlau zur Verfügung stehen.

Es bleibt weiterhin die Aufgabe weitere Konsolidierungsmaßnahmen anzuwenden bzw. auszubauen.

B. Vermögenshaushalt

Im Jahre 2008 ist es der Stadt Prenzlau gelungen, fast alle geplanten zweckgebundenen Zuwendungen für Investitionen zu erhalten und für die geplanten Investitionen umzusetzen. Das Investitionsvolumen betrug insgesamt 6.303,6 T€ und ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ohne eine geplante Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage und durch die zusätzliche Zuführung vom Verwaltungshaushalt konnte dieses Investitionsvorhaben durchgeführt werden.

Durch die außerordentliche Tilgung in Höhe von 331.059,56 € konnte der Verschuldungsstand auf 10.477.456,29 € reduziert werden. Die Prokopfverschuldung der Stadt Prenzlau liegt unter dem Landesdurchschnitt.

aufgestellt:

Prenzlau, den _____

Dr. Krause
Kämmerer

festgestellt:

Prenzlau, den _____

Moser
Bürgermeister

Anlagen

Anlage 1 – Vermögensübersicht 2008 über die BgA und kostenrechnenden
Einrichtungen

Anlage 2 – Stand der Bürgschaften

Anlage 3 – Übersicht über die Kredite/Schulden